

19.4.2023

Ich mach das ja schon ein paar Jahre, dass mit dieser Rede. In der Regel hielt ich sie im Dezember oder Januar. 2021 war es dann erstmals im Februar und 2022 schon der März. Dieses Jahr ist der halbe April schon vorbei. Noch ein paar Jahre, dann haben wir uns überrundet, und haben uns zumindest eine Rede schreiben und halten gespart. Vielleicht sollten wir zum Doppelhaushalt übergehen.

**Haushaltsplanung** hat in Zeiten von Pandemien, Energiekrisen, Personalmangel, ramponierten Lieferketten, das alles durch einen Krieg in Europa zusätzlich befeuert, wohl einiges vom Blick in die Kristallkugel. Steuerausfälle, Inflation, steigende Personalkosten, Investitionen die wegen Fachkräftemangel oder Lieferkettenproblemen nicht getätigt und verschoben werden müssen. Umso mehr dürfen wir uns freuen, wenn wir bisher alles in allem recht glimpflich durch diese Zeiten gekommen sind.

Auch das aktuelle Zahlenwerk hat sich von Ausgabe zu Ausgabe von anfänglichen Millionenverlusten zu einem Plus im Ergebnis gemausert und so liegt uns heute, trotz besagter Unwägbarkeiten, ein ausgeglichener Haushalt vor. Das ist einerseits sehr positiv, andererseits eine denkbar schlechte Basis, auf der man als Fraktion im Vorfeld z.B. Anträge erarbeiten kann, die nicht immer, aber doch meistens eine Finanzierung im Haushalt finden wollen.

Nichts desto trotz zollen wir dem Schatzmeister der Gemeinde, Herrn Seel und seinem Team großen Respekt. Vielen Dank für Ihren unermüdlichen Einsatz, auch für Ihre Geduld, wenn Sie uns ungeduldigen Laien den Zahlennebel wieder und wieder erklären.

Wenn das letzte Jahr uns irgendetwas gelehrt hat, dann, dass Abhängigkeiten teuer bestraft werden. Die Teuerungen im Energiesektor die so ziemlich alle anderen Teuerungen nach sich ziehen, sind allumfassend, denn Energie braucht es nahezu überall. Putin hat diese Abhängigkeit über Jahre strategisch ausgebaut und damit Deutschland und Europa in bekannte Nöte gebracht. Dass uns Blackouts und anderer Horroszenarien erspart blieben, ist zynisch gesehen wohl auch dem Klimawandel zu verdanken, der uns einen vergleichsweise milden Winter beschert hat, aber, und das „aber“ kann nicht deutlich genug ausgesprochen werden: der **Klimawandel** wartet nicht, bis wir mal alle Krisen überwunden haben und geneigt sind, uns mit ihm zu befassen.

Wenn die jüngsten Prognosen, die von rd. 80 cm Meeresspiegelanstieg bis zum Ende des Jahrhunderts ausgehen, eintreffen, werden wir ganz andere Probleme haben, als z.B. ob unser Haushalt noch ausgeglichen ist.

Sind die Kippunkte überschritten gibt es kein Zurück mehr, egal wie technologieoffen wir schon immer waren und sind. Die Emissionen steigen, nicht nur die direkt vom Menschen verursachten, sondern auch die bereits vom Klimawandel ausgelöst, z.B. durch auftauende Permafrostgebiete und auch durch Waldbrände, die es 2022 europaweit in nicht gekanntem Ausmaß gab. Knapp 5000 Hektar sind sogar im „regenreichen“ Deutschland verbrannt, das 14-fache des langjährigen Durchschnitts, zum Vergleich: der Lennebergwald, er misst rd. 700 Hektar. Hier sterben nicht nur Fichten und Kiefern ab, auch Buche, Eiche und Ahorn reihen sich ein. In Frankreich wurden in den ersten 8 Monaten 62000 Hektar vernichtet, das sechsfache des langjährigen Durchschnitts.

Zurück nach Budenheim. **Energiesparen** war das Motto des letzten Winters. Die Einsparmöglichkeiten sind aber eher überschaubar. Straßenlaternen ausschalten, ein paar Grad weniger

Wassertemperatur im Hallenbad, etwas weniger Raumtemperatur in den Büros, das alles sind kleine Tropfen auf den heißen Stein. Alles das wird gemacht. Ein großer erster Wurf wäre es, wenn man wenigstens elektrisch autark wäre. Von der Prozess- und Heizenergie für Industrie und Wohnungen ganz zu schweigen. Unser Klimaschutzbeauftragter Daniel Zabicki führte uns auf rd 200 Seiten Klimaschutzkonzept vor Augen, wo wir stehen und was zu tun ist. Erst 1,5 Prozent des Budenheimer Stroms werden durch PV in Budenheim erzeugt. Wir könnten schon viel weiter sein, aber das haben wir, wie auch der Bund, trotz regelmäßiger Erinnerung und Anmahnung sträflich verschlafen und halten nun, mit so mancher anderen Kommune gemeinsam die rote Laterne hoch, im Fußball würde man sagen, wir stehen auf den Abstiegsplätzen, und das kann man wörtlich nehmen.

Sicher, die neue Brücke, wenn sie denn mal fertig wird, entlastet den Ort, wird für die Betriebe am Rhein hilfreich und vllt. auch einer Weiterentwicklung dort förderlich sein, aber was hätte man mit 15 Millionen Euro sonst noch machen können, wurde die Brückenausgabe doch letztlich wegen der maroden 1. Brücke ausgelöst. Der Kreis, verantwortlich dafür, hat ein Riesenproblem weniger, weil wir uns die 2. Brücke geleistet haben. Am Ende haben wir dann zwei Brücken, die in vierzig, fünfzig Jahren wieder saniert werden wollen. Wie kann man das langfristig finanzieren? Mit neuen Einnahmen? Vielleicht mit einer **Windkraftanlage**:

Die Errichtungskosten einer solchen liegen bei rd. 750-1000 Euro je kw Leistung, also bei 4,5 bis 6 Mio für ein Windrad der aktuellen Generation mit bis zu 6 MW Leistung, wie in Ebersheim zuletzt errichtet. Das wäre mehr als ausreichend für alle Budenheimer Haushalte, die ja früher oder später auch auf Wärmepumpen und Elektroautos umstellen und somit alsbald einen deutlich erhöhten Strombedarf haben werden.

Andernorts haben das Kommunen schon gemacht, haben vor 20 oder mehr Jahren angefangen Windräder, Solarparks, Biogasanlagen zu errichten und mit dem Ertrag nicht nur etwas fürs Klima getan, sondern auch ihre Haushalte sanieren können. Unsere Gemeindewerke wären sicher heilfroh, wenn sie eine solche günstige Stromquelle ihr eigen nennen könnte. Aktuell muss man den Strom teuer einkaufen. Und welcher Neubürger kauft schon vor Ort seinen Strom, wenn der absurd hohe Preis aktuell 3x so hoch ist, wie bei anderen, durchaus seriösen Anbietern. Ein Blick auf die Vergleichsportale genügt. Da werden auch Bestandskunden geneigt sein, den Anbieter zu wechseln, denn selbst mit der Strompreisbremse liegt man bei den Gemeindewerken deutlich über den Arbeitspreisen anderer Anbieter.

**Fazit:** Wenn wir erfolgreiche Gemeindewerke behalten wollen, kommen wir nicht umhin, uns mehr oder weniger autark aufzustellen. Wir sollten alle Kräfte bündeln und dieses Ziel ganz oben auf der Agenda haben. Selbst die „Chemische“ wünscht sich ein Windrad auf eigenem Gelände, was wohl kaum realisierbar ist, wie wir gestern vor Ort bei einem Besuch der Werke erfahren durften. Vllt. geht ja was zusammen. Hier wünschen wir uns Kreativität gepaart mit Zielstrebigkeit. Die Zeit drängt.

Zur Causa **Dyckerhoff**: die beschäftigt uns seit geraumer Zeit. Wir GRÜNEN sind in einigen Punkten Kompromisse eingegangen und haben Vorschläge gemacht, die auch der Investor aufgenommen hat. Von unseren Kernforderungen - dem Sozialen Mietwohnungsbau und der mobilen Bodenaufbereitung - wollen wir aber nicht abweichen. Auf der anderen Seite haben sich die Aussagen hier im Rat und der Ratsmehrheiten einige Male überholt um nicht zu sagen sich selbst widersprochen. Dazu kommt, dass es sich bei dem Bebauungsplan um einen Plan handelt, der auf Initiative des Investors aufgestellt wurde. Nach unserer Auffassung handelt es sich um vorhabenbezogenen Bebauungsplan. Das bedeutet, dass zur Offenlegung des B-Plans der Städtebauliche Vertrag gehört. Ohne zugehörigen, **städtebaulichen Vertrag** ist die Offenlage eine, wie wir finden, Unterlassungssünde gegenüber Budenheimer\*innen, die somit wichtige

Vereinbarungen zwischen Investor und Gemeinde nicht erfahren werden. Mitnahme und **Transparenz** gehen anders.

Wir haben bei der Kommunalaufsicht nachgefragt, ob wir mit unserer Auffassung, dass es sich um einen **vorhabenbezogenen Bebauungsplan** handelt, recht haben. Die Antwort war sinngemäß: „wir (die Kommunalaufsicht) haben bei der Gemeinde Budenheim nachgefragt. Uns wurde mitgeteilt, dass es sich nicht um einen vorhabenbezogenen B-Plan handelt.“ Man teilte uns weiter mit, dass die Angelegenheit damit erledigt sei.

Dr. Datzert, der Rechtsanwalt und jahrelange juristische Berater der Gemeinde, war seinerzeit der Auffassung, dass man den städtebaulichen Vertrag für das „Baugebiet am Lenneberg“ als Blaupause für den des Dyckerhoffgeländes nehmen möge. Allerdings finden sich im aktuell vorliegenden Entwurf des städtebaulichen Vertrags zum Dyckerhoff-Gelände keine Festlegungen, wie z.B. die Straßen, die Kanäle, die Stromleitungen, also die Infrastruktur schlechthin ausgeführt werden sollen. Besonderheiten, wie die Entwässerung des im Baugebiet anfallenden Regenwassers durch extrem tief verlegte Abwasserkanäle tragen Risiken in sich, wenn es später zu Wartungen, Reparaturen kommt, muss kostenintensiv tief gegraben werden. All das und mehr will vertraglich geregelt sein. Auch die Haftungsfragen waren nicht ausreichend geklärt, so Dr. Datzert, der mittlerweile sein Mandat, wohl auch weil nicht auf ihn gehört wurde, niedergelegt hat.

Was leistet der Investor dafür, dass die Gemeinde den B-Plan aufstellt und ihm ein einträgliches Geschäft ermöglicht? Allein dass er 50.000 Euro Entschädigung für jeden angefangenen Monat eines möglichen Fortbetriebs der **Bodenreinigungsanlage** fordert – sollte die Gemeinde das Grundstück samt Objekt irgendwann kostenpflichtig übernehmen und es wagen, die Anlage selbst zu betreiben – lässt erahnen, worum es hier geht: Ein Millionengeschäft, das er und nur er betreiben will. Und was machen wir? Wir dürfen als Dank einen weiteren Kindergarten finanzieren, das Grundstück, das durch die Gemeinde zu Bauland wird, lässt sich der Investor mit 650 Euro pro qm von der Gemeinde bezahlen, womit sich sein Zuschuss zum Bau eigentlich in Luft auflöst. Ganz abgesehen von den laufenden Folgekosten der Einrichtung, an die sich der Investor mit keinem Cent beteiligt.

**Sozialer Mietwohnungsbau?** Fehlanzeige. Wissen Sie, wie hoch in der Metropole Wien der Quadratmeterpreis für rd. 220000 stadteigenen Wohnungen, zumeist in bester Innenstadtlage liegt? Bei rd. 4,50 Euro/qm. Im freien Markt hingegen werden auch dort 16 Euro und mehr aufgerufen, was für so eine Metropole wenig ist. In München zahlt man heuer rd. 26 Euro/qm.

In Mainz sind 25 bis 30 Prozent sozialer Mietwohnungsbau bei Neubaugebieten normal. Hier in Budenheim geht der Investor mit 0% durch. Geförderte Reihenhäuser sind nicht die Wohnungen, die sich Normalverdiener\*innen, Rentner\*innen oder Alleinerziehende noch leisten können oder wollen. Die Warteliste der Wohnbau ist mittlerweile 200 Zeilen lang. Wir haben zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Das ist Fakt. Alles andere ist Zurechtbiegen. Und wenn sich nicht mal mehr die örtliche SPD berufen fühlt, hierfür zu kämpfen, dann ist das sehr traurig.

Und warum in Zeiten von Klimaschutz und Artensterben das Plangebiet schon Mitte Februar 23 **gerodet** wird, wobei die Einwendungen der Bürger noch nicht mal behandelt waren, der städtebauliche Vertrag noch nicht mal vorlag, geschweige denn beschlossen wurde. Das ist niemandem zu vermitteln. Vielmehr erfahren diese aus der Heimatzeitung, dass das aus Naturschutzgründen geschehe. Selbst dann, wenn nach Investorenwunsch alles glatt durchgeht, (wovon nicht auszugehen ist) kann noch lange nicht saniert werden kann, denn dazu fehlt ja die Bodenaufbereitungsanlage, für dessen Errichtung samt Bodenplatte, Zufahrten, Halle, etc. gut und gerne wohl ein Jahr ins Land gehen dürfte. Da fragt man sich schon, wer hier mal eben unumkehrbare Fakten schafft. Das macht niemand, der sich seiner Sache nicht vollkommen sicher ist. Arten- und Naturschutz sehen jedenfalls anders aus.

Alles in allem liegt ein weiteres schwieriges Jahr hinter uns. Die Zukunft stellt riesige Aufgaben. Wir müssen uns zusammenraufen und gemeinsam die großen Aufgaben angehen, sonst kommen wir nicht voran. Apropos zusammen: 7 Ratsstimmen können diesen Rat nicht seine Meinung aufzwingen oder gar blockieren, das liegt uns auch fern. Aber dass es immer wieder behauptet wird, schafft wenig Gemeinsamkeit, die wir so dringend brauchen.

In diesem Sinne kann vieles, wie immer besser werden. Last but not least: Herr Bürgermeister, was wir uns wünschen: Gremientermine abzusagen oder zu verschieben sollte die absolute Ausnahme sein. Wir alle machen das hier ehrenamtlich, haben berufliche und private Termine und planen unseren Alltag auch um diese festen Termine herum. Terminhygiene ist ein kleiner Teil des Respekts, den wir uns alle gegenseitig wünschen.

Wir danken allen Mitarbeiter\*innen in der Verwaltung und den Budenheimer Betrieben für ihr Engagement für Budenheim und seinen Bürgern und Bürgerinnen.

Wir stimmen dem Haushalt zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Klaus Neuhaus  
für die Fraktion Bündnis90/Grüne